

Der Wandel des Einsatzes

Von Katastrophenhilfe und NATO-Manöver zur Anwendung von Waffengewalt und Friedenserzwingung¹

Dr. h.c. K. Naumann – general a.D.*

Einführung

Meine Zeit als Generalinspekteur der Bundeswehr war von drei Herausforderungen geprägt:

- Es galt die allenfalls an der Oberfläche eingeleitete Aufstellung der Armee der Einheit weiter voranzutreiben und, wenn möglich, abzuschließen;
- Die Bundeswehr war bis 1994 zunächst auf 370.000, dann auf 340.000 Soldaten zu reduzieren;
- Die Bundeswehr hatte sich auf Einsätze außerhalb Deutschlands und außerhalb des NATO Gebietes einzustellen.

Dieser letztgenannte Aspekt ist Gegenstand meines Beitrages, den ich bewusst unter dem vom MGFA gewählten Arbeitstitel gelassen habe, weil ich damit gleich mit einer der häufigen Verzerrungen in der Beschreibung der Bundeswehr im Kalten Krieg aufräumen kann.

Die Bundeswehrführung hatte bis zum Fall der Mauer 1989 weder Katastrophenhilfe noch Manöver als Einsatz gesehen, Einsatz wäre die Verteidigung Deutschlands gegen eine von der Sowjetunion geführten Angriff des Warschauer Paktes gewesen.

Die Bundeswehr war eine Präsenzarmee, die ausgebildete, um nach relativ kurzer Warn- und Vorbereitungszeit mit Teilen einsatzbereit zu sein und die durch Mobilmachung und Aufmarsch ihre volle Verteidigungsbereitschaft erreichen sollte. Sie trug so zusammen mit den NATO-Verbündeten zur Abschreckung bei.

Was nun aber kam, war der Übergang zu einer Armee, für die Einsatz die Regel und die Beschränkung auf die den Einsatz vorbereitende Ausbildung eher die Ausnahme wird.

Den Beginn dieses langen Weges möchte ich mit einem Blick auf die Lage an seinem Anfang, die ersten Einsätze und die daraus abgeleiteten ersten Folgerungen für Planung und Ausbildung beschreiben.

Die Ausgangslage

Die Welt des Kalten Krieges hatte zwar zahlreiche Kriege und Konflikte gesehen, dennoch hatte der Ost-West-Konflikt in gewisser Weise auch mäßigend gewirkt. Jeder der beiden Gegenspieler in Washington und

Moskau wollte verhindern, dass die Konflikte außer Kontrolle gerieten und zu einer amerikanisch-sowjetischen Konfrontation führten. Dies änderte sich 1989/90, als mit dem Ende der deutschen Teilung die Spaltung Europas zu Ende ging und in deren Folge die Sowjetunion zerfiel.

Religiöser Fanatismus, lang unterdrückte ethnische Gegensätze und ungelöste territoriale Fragen führten zu neuen Eruptionen von Gewalt und Krieg. Die Folge war eine Zunahme von Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen in einem bislang als unvorstellbar angesehenem Ausmaß. In der ersten Hälfte der 90er Jahre waren fast 100.000 Soldaten unter der blauen Flagge der Vereinten Nationen in allen Erdteilen im Einsatz.

Mitverantwortung

Dem vereinten Deutschland stellte sich damit erneut die Frage, die schon beim Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen 1973 zu der Erwartung geführt hatte, Deutschland werde eine große Mitverantwortung bei der Bewältigung regionaler Krisen übernehmen. Alle Bundesregierungen hatten aber seit einem Beschluss des Bundessicherheitsrates vom 3. November 1983 stereotyp behauptet, das Grundgesetz lasse die Entsendung deutscher Truppen in Gebiete außerhalb des NATO-Vertragsgebietes nicht zu, es sei denn, es läge ein Konflikt vor, der zugleich als völkerrechtswidriger An-

* General Naumann war Generalinspekteur der Bundeswehr in den neunzigern Jahren.

¹ Vortrag auf der 47. Internationalen Tagung Militärgeschichte am 16.09.2005 in Bonn. Vorabdruck mit freundlicher Genehmigung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Potsdam, aus: *Die Bundeswehr 1995 bis 2005. Rückblenden – Einsichten – Perspektiven*. Im Auftrag des MGFA hrsg. von Frank Nögler, München: Oldenbourg 2007 (Arbeitstitel).

griff auf die Bundesrepublik Deutschland zu sehen sei.

Nahezu alle führenden deutschen Staatsrechtler hielten die diesem Beschluss zugrunde liegende Rechtsposition für nicht haltbar, aber die gebetsmühlenartige Wiederholung einer unbegründeten Position durch alle Bundesregierungen und insbesondere durch den in dieser Sache unermüdlichen Außenminister Genscher verfehlte ihre Wirkung nicht: die Menschen in Deutschland glaubten der Regierung und das tat auch die Mehrheit der Soldaten der Bundeswehr.

Wer im Bündnis eingesetzt war – und ich war dies zum Zeitpunkt des Bundes Sicherheitsrats (BSR) Beschlusses als Oberst im DMV Stab – sah sich oft erbarmungslosem Spott alliierter Kameraden ausgesetzt, die, gestützt auf Rechtsgutachten ihrer Regierungen, die deutsche Position als das entlarvten was sie wirklich war: ein Feigenblatt, hinter dem Deutschland sich vor der Übernahme größerer Verantwortung verstecken wollte.

Es hatte zwar immer wieder seit 1973 Hilfeinsätze gegeben, vor allem durch die Transportflieger der Bundeswehr, aber auch bei Erdbeben in der Türkei, in Algerien und im Iran, insgesamt aber machte sich auch in der Bundeswehr die Ansicht breit, Einsätze für die Vereinten Nationen oder gar Interventionen wie während des 2. Golfkrieges 1990 seien durch den Eid der Bundeswehrsoldaten nicht gedeckt.

Hinzu kam das Empfinden der Soldaten eines durch erfolgreiche Politik immer unwahrscheinlicher werdenden Einsatzes der Bundeswehr zur Verteidigung Deutschlands. Der letzte 'scharfe' Alarm war in der CSSR-Krise 1968 gewesen und Einsätzen zur Unterstützung von Bündnispartnern stand die große zahlenmäßige Überlegenheit des Warschauer Paktes entgegen.

Man kann das Verhalten der Bundesregierung in der Golfkrise 1990/91 als Versagen werten, aber festzuhalten ist, dass die Bevölkerung des gerade

vereinten Deutschland zu diesem Zeitpunkt wohl kaum in der Lage gewesen wäre über diese Frage zu einer gemeinsamen Auffassung zu kommen.

Die Menschen waren letztlich Opfer einer Politik, die einfach nicht den Mut hatte, die Dinge beim Namen zu nennen und zu sagen, dass es eine Pflicht zur Solidarität gibt, wenn Menschenrechte mit den Füßen getreten werden und ein Staat völkerrechtswidrig einen anderen angreift.

Deutschland ist heute in dieser Frage nicht sehr viel weiter, obwohl Einsätze der Bundeswehr inzwischen als normal empfunden werden, Einsatz allerdings, die im Wesentlichen eben unter der Schwelle eines Krieges blieben. Außerdem ist festzuhalten, dass wir bislang Glück gehabt haben: leider hat die Bundeswehr zwar rund fünfzig Soldaten in den Einsätzen seit 1992 verloren, aber die echte Bewährung im Kampf ganzer Truppenteile blieb ihr bislang erspart.

Sonderrolle

Es ging 1990/1991 aber auch um eine andere Dimension. Deutschland war dabei, sich mit seiner Position erneut in eine Sonderrolle zu bringen und das in dem Augenblick, in dem die durch die deutsche Teilung erzwungene Sonderrolle zu Ende gegangen war. Eine Sonderrolle Deutschlands aber wäre unvereinbar mit der im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten deutlich artikulierten Politik, durch Einbindung des größeren Deutschland Ängste vor diesem Deutschland zu mindern.

Hinzu kam, dass ein Land, das sich internationaler Solidarität mit den Schwachen verweigert, das seinen Egoismus durch immer stärkere Verwandlung in eine Spaßgesellschaft auslebt, auf Dauer keine Sympathie, sondern nur Verachtung ernten würde. Eine solche Entwicklung barg Risiken in sich, denn allzu viele wahre Freunde hat Deutschland nicht. Sie konnte daher nicht im Interesse Deutschlands sein. Sie konnte auch dazu führen, dass Vieles von dem,

was an Versöhnung mit den Nachbarn erreicht worden war, rückgängig gemacht oder zumindest in seiner anhaltenden Wirksamkeit eingeschränkt werden würde.

Würde Deutschland dagegen Solidarität zeigen, dann würde dies die Aussöhnung festigen und es böte sich eine neue gute Chance, die Soldaten der Bundeswehr als Botschafter eines neuen, aktiv für den Frieden in der Welt und für den Schutz der Unterdrückten eintretenden Deutschland zu nutzen. Diese Chance galt es zu nutzen.

Teilnahme an Operationen

Deutschlands Teilnahme an Bündnis- und UN-Operationen war Thema bei allen meiner Antrittsbesuchen bei unseren wichtigen Verbündeten wie den USA, Frankreich und Großbritannien. Es klang immer wieder Enttäuschung über die deutsche Politik während des Golfkrieges an, obgleich der materielle Beitrag, die Unterstützung der Verbündeten durch die Bundeswehr und die zahlreichen Initiativen zugunsten der Familien von alliierten Soldaten Anerkennung fanden.

Ich habe in all diesen Gesprächen auf die aus der Vereinigung entstandenen, besonderen Belastungen verwiesen und daran erinnert, dass sie, unsere Verbündeten, diese Zurückhaltung wohl gewollt hätten als sie Deutschland immer wieder gemahnt hatten, militärische Macht niemals wieder zu missbrauchen.

In dieser Lage musste als Erstes ausgelotet werden, ob die Regierung bereit war, ihre restriktive Haltung zu ändern. Das Verteidigungsministerium musste dazu seinen Beitrag leisten durch eine ungeschminkte Lagebeurteilung leisten.

Die Lage im Herbst 1991, gekennzeichnet durch den Anfang des blutigen Zerfalls Jugoslawiens, zeigte, dass Krieg als Mittel der Politik nach Europa zurückgekehrt war. Der große Krieg in Europa, der das Denken im Kalten Krieg bestimmt hatte, war zwar schon 1991 sehr unwahrschein-

lich geworden, dafür war aber die Wahrscheinlichkeit regionaler Konflikte, wie sie in Anfängen in Jugoslawien zu erkennen waren, deutlich gestiegen.

Unruhige Zeiten

Unsere Lagebeurteilung Ende 1991 zeigte uns, dass unruhige Zeiten bevorstanden. Andere Gefahren waren ebenfalls zu sehen. Das Ende des Ost-West-Konfliktes konnte zu einer regelrechten Explosion der Staatenwelt führen. Man musste mit Sezessionskonflikten rechnen, die vielfach gewaltvoll verlaufen würden und deren direkte oder indirekte Auswirkungen auch unser Land und seine Sicherheit berühren könnten.

Deutschland, so die Folgerung, würde also zunehmend dazu beitragen müssen, Konflikten am Ort ihres Entstehens entgegen zu treten, ihre Ausbreitung einzudämmen und zu verhindern, dass Konflikte, Krieg und Gewalt auf unser Territorium übergreifen. Für die Bundeswehr würde dies aller Voraussicht nach bedeuten, dass sie außerhalb Deutschlands einzusetzen sein würde, um Konflikte von Deutschland fern zu halten.

Auf diese Aufgabe war die Bundeswehr in keiner Weise eingestellt, die Politik aller Parteien des deutschen Bundestages wollte eine solche Änderung des Auftrages der Bundeswehr möglichst vermeiden und die Bevölkerung, ohne deren Rückhalt sie nicht zu machen wäre, war auf diese neue Dimension in keiner Weise vorbereitet.

Einsätze der Bundeswehr außerhalb Deutschland

Ebenfalls erkennbar war das anhaltende Streben nach Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägerwaffen. Wissend, dass man dieses Problems durch Rüstungskontrolle alleine nicht Herr werden kann folgerten wir, dass die Abwehr von Massenvernichtungswaffen und die Verhinderung von Proliferation zum künftigen Aufgabenspektrum der Bundeswehr gehören würden.

Die Folgerung, dass zum Schutz Deutschlands vor Pression und vor äußerer Gefahr Einsätze der Bundeswehr außerhalb Deutschlands und außerhalb des NATO-Vertragsgebietes erforderlich sein würden, ergab sich aus dieser Lagebeurteilung. Wir folgerten auch, dass diese Einsätze, die über Blauhelmeinsätze der Vereinten Nationen hinausgingen, wohl immer NATO-Einsätze sein würden. Natürlich war klar, dass sich die Bundeswehr gemäß Artikel 26 GG an keinerlei Angriffskrieg beteiligen würde, allerdings war auch klar, dass von den UN sanktionierte Operationen kein Angriffskrieg sind und eine Teilnahme daran sehr wohl möglich war, selbst wenn dies Angriffsweise geführte Operationen sein sollten.

Wollte Deutschland seinen Einfluss in der Allianz wahren und wollte es sein durch die Vereinigung gewachsenes Gewicht nicht verspielen, dann musste es an Einsätzen des Bündnisses mitwirken, auch an Einsätzen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes.

Keiner unserer Verbündeten würde Deutschland eine dauerhafte Verweigerung nachsehen, so unsere Einschätzung, aber alle dürften bereit sein, uns Zeit zu geben den notwendigen gesellschaftlichen und politischen Konsens im Lande herzustellen.

Vorgaben und konzeptionelle Folgerungen

So entstand Ende November 1991 das Dokument 'Militärpolitische und -strategische Vorgaben und konzeptionelle Folgerungen für die Bundeswehr'. In diesem Papier wurde der erste Versuch gemacht die sicherheitspolitischen Interessen des vereinten Deutschland zu definieren. Es wurde Minister Stoltenberg vorgelegt und das nach seinen Vorgaben erarbeitete Dokument wurde im Februar 1992 Gegenstand einer Kabinettsvorlage.

In seiner Sitzung am 19. Februar 1992 im Verteidigungsministerium nahm das Bundeskabinett unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl die Vorstellungen des Bundesministers

der Verteidigung zum Stand der Bundeswehrplanung und zur Weiterentwicklung der Bundeswehr zur Kenntnis und billigte im Grundsatz die Zielsetzung dieser Planung. Der mit dieser Entscheidung neu festgelegte Auftrag der Bundeswehr sagte u.a.:

Die Bundeswehr muss fähig sein, nach klarstellender Ergänzung des Grundgesetzes an kollektiven Einsätzen über die NATO hinaus gemäß Kap VII der Charta der Vereinten Nationen oder europäischer Institutionen teilzunehmen, soweit es deutsche Interessen und deutsche Mitverantwortung für die Wahrung von Frieden, Humanität und internationaler Sicherheit gebieten.

Damit war der politische Wille artikuliert und wir hatten grünes Licht für die innere Umstellung der Bundeswehr.

Die ersten Schritte

Ich habe bereits festgestellt, dass die Bundeswehr auf diese neue Dimension ihres Auftrages in keiner Weise vorbereitet war und dies auch nicht über Nacht sein würde. Die Voraussetzungen in Führung, Ausbildung, Ausrüstung und hinsichtlich der Gesetzgebung waren nicht gegeben. Nicht wenige Soldaten dachten, dass diese Form von Einsatz nicht von Ihrem Eid gedeckt sei.

Dieser Zwiespalt der Meinungen wurde verstärkt, weil die damalige Opposition im Bundestag derartigen Einsätzen ablehnend gegenüberstand. Hinzu kam, dass materielle Voraussetzungen für länger dauernde Einsätze fern der Heimat zu schaffen waren, vor allem in den Bereichen Führung und Logistik. Schließlich, es blieb nicht viel Zeit, denn UN wie Verbündete drängten auf deutsche Beiträge.

Die Bundeswehr hatte seit dem Ende des Golf-Krieges 1991 in sehr begrenztem Umfang an Friedensopera-

tionen teilgenommen. Dazu zähle ich das Minenräumen im Persischen Golf 1991 ebenso wie die Einsätze zur Unterstützung der Überprüfungs-Kommission UNSCOM im Irak, die dort Massenvernichtungswaffen des Irak zu finden und zu vernichten hatten, oder den schon im Sommer 1991 begonnenen Hilfseinsatz im Iran, mit dem die Not der von Saddam Hussein vertriebenen Kurden gelindert wurde.

Kambodscha

Die deutsche Bereitschaft, solche kleine Schritte zu tun, blieb im UN Hauptquartier in New York nicht unbemerkt und so mehrten sich im Frühjahr 1992 die Hinweise, dass die UN Deutschland bitten könnten, sich an der UN Mission in Kambodscha UNTAC (United Nations Transitional Authority in Cambodia) zu beteiligen. Einer Bitte der Vereinten Nationen, das Vorkommando UNAMIC ab November 1991 durch Sanitätspersonal zur sanitätsdienstlichen Versorgung des UN-Vorauspersonals nach Kambodscha zu unterstützen, war bereits entsprochen worden.

Kambodscha war gewiss nicht das Land, an dem man ein spezifisches deutsches Interesse festmachen konnte. Es war ein von Völkermord und zwei Jahrzehnten Krieg zerrüttetes und zerstörtes Land und jeder Einsatz dort war mit erheblichem Risiko für die einzusetzenden Soldaten verbunden. Hinzukam, dass die gewaltige Entfernung einen ersten Auslandseinsatz besonders schwierig machte. Andererseits bot die Aufgabe, den Vereinten Nationen ein Hospital für den Einsatz in Pnom Phen zur stationären Versorgung des in Kambodscha eingesetzten UN Personals zu stellen, eine doppelte Chance: es war die Einsatzform, die die Risiken für unsere Soldaten bei diesem ersten Einsatz begrenzen hielt und es war zugleich ein Einsatz, mit dem unsere Soldaten unter dem blauen Barrett der UN als Helfer wirken und Sympathien für Deutschland sammeln konnten.

Der neu ins Amt gekommene Verteidigungsminister Volker Rühle sah dies

ebenso und entschied sich für den Einsatz. Das Bundeskabinett stimmte zu und so begann im Frühjahr 1992 der erste Einsatz deutscher Blauhelme. Allerdings war das deutsche Lazarett aus politischen und rechtlichen Gründen nicht voll in die UN Truppe eingegliedert. Der Verteidigungsminister musste die volle Kontrolle über das Kontingent behalten, auch um zu verhindern, dass die UN das Lazarett ins Landesinnere verlegen könnten.

Lernprozess

Für die Bundeswehr begann damit ein vielschichtiger Lernprozess und im Ministerium eine Phase intensiver Arbeit zur Schaffung der notwendigen gesetzlichen Regelungen, aber auch zur Entwicklung von Entscheidungskriterien für die militärische und politische Führung wie beispielsweise Truppe nicht zu entsenden, wenn man sie in einer Krise nicht zurückverlegen kann.

Wir begannen die UN-Bürokratie und ihre Spielregeln zu verstehen, wir lernten, uns in eine Koalition einzufügen, in der Soldaten aus nahezu allen Erdteilen unter dem Kommando des australischen General Sanderson Dienst taten und wir fingen an, die logistischen Anforderungen solcher Einsätze fernab der Heimatbasis zu begreifen.

Unsere Sanitätssoldaten mussten, nicht ohne Bauchschmerzen, lernen zu akzeptieren, dass die Bereitschaft, Menschen in Not zu helfen, von Konfliktpartnern in Kriegsgebieten als Parteinahme ausgelegt werden kann und es daher kaum möglich ist, ausschließlich nach humanitären Gesichtspunkten zu handeln.

Im Verteidigungsministerium begannen wir die Vielschichtigkeit von UN Operationen zu begreifen und erkannten schnell, dass dies auch bedeutete, die Führungsorganisation zu ändern. UN- wie NATO-Einsätze dieser Art verlangen, dass der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt, der Minister, jederzeit Zugriff auf den eingesetzten Truppenteil haben muss, dass er verzugsarm, aber umfassend informiert wird und dass er schnell Rat aus dem

gesamten Ministerium bekommt. Nur dann kann er sachgerecht entscheiden.

Mit den Strukturen und Abläufen des auf die Friedenssituation ausgerichteten Bonner Ministeriums war das nicht zu machen. Die Ausrichtung auf Krieg in Deutschland und Führung der Verteidigung durch die NATO hatte zu einer eher marginalen Fähigkeit des Verteidigungsministeriums geführt, Einsätze national zu führen, denn die operative Führung der Bundeswehr wäre im Krieg ja weitgehend an NATO-Kommandobehörden delegiert worden.

Die Führungsfähigkeit zu verbessern, war also das erste Erfordernis. Mein Stab wurde beauftragt, eine Führungsorganisation zu entwerfen. Der Vorschlag, den ich favorisierte und den ich nach endlosem Hin und Her, darunter auch so manche Diskussion und schließlich Abstimmung der Ansichten im Militärischen Führungsrat, dem Minister vorschlug war, ein Streitkräfteführungskommando aufzubauen. Es sollte unterhalb des Ministeriums, in dem ein kleines Führungszentrum im Führungsstab der Streitkräfte einzurichten war, zentral für die Durchführung der Einsätze verantwortlich sein.

Dieser Vorschlag folgte einerseits der bestehenden Verantwortung der Inspektoren der Teilstreitkräfte für die Einsatzbereitschaft ihrer Teilstreitkraft und entsprach andererseits der aus den Erfahrungen aller Verbündeten abgeleiteten Erkenntnis, dass solche Einsätze immer 'joint' sind, das heißt Einsätze von Elementen mehrerer Teilstreitkräfte.

Für mich ebenso eindeutig war, dass der Generalinspekteur es sein musste, der den Minister in allen militärischen Fragen solcher Einsätze abschließend zu beraten hatte, schließlich ist er Kraft Amtes der militärische Berater der Bundesregierung.

Beratungen

Die Beratungen mit Minister Rühle über diesen im MFR von den Inspek-

teuren gebilligten Vorschlag zeigten dann aber, dass die Angst vor einem eingebildeten Machtzuwachs des Generalinspektors stärker war als alle Vernunft. Insbesondere haben ihn wohl Eindrücke bestärkt, die er bei Besuchen der Führungskommandos der Teilstreitkräfte gewonnen hatte. Dort müssen ihm die Befehlshaber die Ohren voll geweint haben und geschildert haben wie unverzichtbar – ein Lieblingswort all derer, die ihre Ansprüche nicht mit Argumenten untermauern können – die ungeschmälerierte Verantwortung der Teilstreitkräfte sei. Dies entsprach zwar nicht dem im MFR erreichten Konsens, aber das ist ein Spiel, das die Teilstreitkräfte oft spielen, wenn ihnen im MFR die Argumente ausgehen.

Der Minister entschied lediglich ein Führungszentrum aufzubauen. Dieses wurde dem Führungsstab der Streitkräfte (FÜS) zugeordnet, aber doch nicht voll eingeordnet. Aus einem einfachen und klaren Vorschlag wurde so eine komplizierte, aber letztlich handhabbare Lösung.

Der erste Schritt auf dem langen Weg zum heutigen Einsatzführungskommando war im Februar 1993 die Einrichtung eines Koordinierungsstabes für Einsatzaufgaben (KSEA) und die Bildung eines Referates Einsatzführung Bundeswehr in der Stabsabteilung FÜS IV.

Die Erfahrungen mit größeren Kontingenten, wie dem nach Somalia entsandten Unterstützungsverband, und vor allem die Möglichkeit mehrerer gleichzeitiger Einsätze zeigten schon früh, dass die gefundenen Regelungen nicht ausreichten. Als Konsequenz wurde das Führungszentrum Bundeswehr im Januar 1995 aufgestellt. Sein Leiter im Range eines Brigadegenerals behielt die Aufgabe, gleichzeitig Leiter der KSEA zu sein.

Die Entscheidung Minister Scharpings im Jahr 2000, das Führungszentrum in den FÜS einzugliedern und ein Einsatzführungskommando aufzustellen, zeigt, dass gute Ideen sich

durchsetzen, manchmal eben doch Zeit brauchen.

Pnom Penh

Mitte Mai 1992 flogen unsere Sanitätssoldaten, im Kern aus der in vielen Einsätzen der Allied Mobile Force (Land) bewährten Münchner Sanitäts-Lehr-Kompanie bestehend, nach Pnom Penh. Es begann ein Einsatz eines rund 150 Mann starken Kontingentes, der bis zum 12.11.1993 dauerte und an dem rund 450 Sanitätssoldaten teilnahmen.

Das German Hospital wurde schon bald 'Haus der Engel' genannt. Es führte rund 3.500 stationäre und 95.000 ambulante Behandlungen durch, eben auch für Kambodschaner.

Wir haben aus dem Einsatz in Kambodscha viel gelernt, nicht nur medizinisch. Wir erkannten wie unzureichend unser Sanitätsdienst war, nicht nur für Einsätze im Ausland, auch für die nun nicht mehr im Vordergrund stehende Versorgung in einem Krieg auf deutschem Boden.

Eine Neuordnung unseres Sanitätsdienstes war daher unumgänglich. Wir haben sie eingeleitet, wobei Dr. Deschs Maxime war, dass jeder eingesetzte Soldat der Bundeswehr auch im Einsatz qualitativ die medizinische Versorgung erhalten sollte, die ein deutscher Bürger in Deutschland bekommt.

Mir war sehr klar, dass dies die teuerste aller denkbaren Lösungen war, denn sie bedeutete im Einsatzland auch bei schlechter Infrastruktur qualitativ erstklassige Lazarette zu betreiben. Deshalb hatten andere Nationen wie beispielsweise Frankreich diese Lösung verworfen. Sie setzten darauf, den Verwundeten so rasch wie möglich in die Heimat zu bringen. Ich habe dennoch Dr. Deschs Kurs unterstützt.

Kambodscha wurde so der Ausgangspunkt für eine Reform des Sanitätsdienstes, ohne diesen zur Teilstreitkraft zu machen, die ich gemeinsam mit Dr. Desch gegen manchen Wider-

stand der auf Autarkie pochenden Teilstreitkräfte durchgefochten haben.

Wir haben in dem Kambodscha-Einsatz aber auch gelernt, dass die alte militärische Erfahrung auch in Friedenseinsätzen gilt: Einsatz heißt, auf das Unerwartete vorbereitet zu sein und dass man deshalb die Einsatzregeln nicht zu einschränkend festlegen darf, will man der Truppe die Chance lassen, situationsgerecht zu handeln. Dieses Prinzip haben wir Zug um Zug in den folgenden Einsätzen verwirklicht, für die Truppe allerdings sicher zu langsam.

Leider mussten wir in Kambodscha auch die traurige Erfahrung machen, dass einer unserer Soldaten, Feldwebel Arndt, in Phnom Penh Opfer eines Mörders wurde. Natürlich hätte das auch in Deutschland geschehen können, für die Familie aber war der Einsatz in Kambodscha Ursache für den Tod des Feldwebels Arndt.

Ich meine, die Perspektive der Angehörigen ist die richtige und die wichtigere: es ist unerheblich wie der Sohn, Ehemann, Partner oder Freund sein Leben verliert, er ist ein Opfer eines von Regierung und Parlament beschlossenen Einsatzes der Bundeswehr geworden. Dieser Verantwortung hatten wir uns nun zu stellen.

Mein Rat an Minister Rühle bestand aus zwei Punkten: erstens, sofortige und rückhaltlose Unterrichtung der Öffentlichkeit, um alle Gerüchte noch im Keim zu ersticken und, zweitens, eine würdige, öffentlich sichtbare Trauerfeier. Der Minister stimmte beiden Punkten zu und das mag geholfen haben, Rufe nach Abbruch des Einsatzes gar nicht erst entstehen zu lassen. Die unabänderliche Tatsache, dass Einsatz von Soldaten eben auch bedeutet, dass Verluste entstehen können, hatte die militärische Führung der Bundeswehr nie verschwiegen, im Gegenteil. Auch diese Linie erwies sich als richtig.

Der Einsatz in Kambodscha war alles in allem ein Erfolg. Vor allem aber gab dieser Einsatz die entscheidenden

Anstöße zur Fortentwicklung des Sanitätsdienstes. Die heute eingesetzten Soldaten wissen, dass sie erstklassig versorgt werden, sollten sie verwundet werden. Diese Gewissheit hatten wir im Kalten Krieg auch nicht eine Sekunde lang gehabt.

Somalia

Der nächste Schritt wurde in Somalia getan, auch nicht ein Land, das im Brennpunkt deutscher Politik stand, aber ein Einsatz der gut in das Konzept der schrittweisen Gewöhnung Deutschlands an solche Einsätze passte, das Minister Rühle und ich für den richtigen Weg für Gesellschaft und Bundeswehr hielten.

Die humanitäre Katastrophe in Somalia war hinter den Pulverschwaden des Golfkrieges aus dem Augenmerk der Welt verschwunden und wäre es wohl auch geblieben, hätte sich nicht CNN der Sache angenommen. Die Bilder der hungernden und leidenden Menschen erschütterten die Welt. Der Staat Somalia existierte nicht mehr, Hilfe konnte daher nur von außen kommen. Getrieben von den Bildern, wohl aber auch von innerpolitischen Erwägungen entschied sich die amerikanische Regierung im Herbst 1992 zu einer Intervention aus humanitären Gründen.

Deutschland hatte sich schon ab August 1992 mit Transportfliegern an der Versorgung der hungernden Bevölkerung in Somalia beteiligt. Unsere Transall C-160 waren in Mombasa in Kenia stationiert und flogen von dort nach Somalia, um Hilfsgüter abzuwerfen. Meinen Weihnachtsbesuch bei unseren Transportfliegern in Mombasa nutzte ich zu einem Abstecher nach Mogadischu, um mit dem amerikanischen Befehlshaber USCENTCOM in der durch barbarische Zerstörungswut der gegen Siad Barré kämpfenden Rebellen übel zugerichteten ehemaligen US-Botschaft die Lage in Somalia zu erörtern.

Meine vorsichtig formulierte Frage, welche Hilfe Verbündeter die Amerikaner brauchten, führte zu einem klaren Ausdruck der Hoffnung auf

den Einsatz weiterer NATO-Kräfte, auch deutscher Truppen. Ich habe die deutsche Situation erklärt und gesagt, dass ich auf der Grundlage des Kabinettsbeschlusses vom 17.12.1992 zwar die generelle Bereitschaft Deutschlands bekunden, aber noch nicht konkret werden könne.

Die Bundesregierung hatte beschlossen, den Vereinten Nationen Unterstützung durch einen logistischen Einsatzverband anzubieten. Ein solcher Einsatz im Rahmen UNOSOM bot zwei Vorteile: erstens, es wäre ein weiterer humanitärer Einsatz unter den Bedingungen des Kapitel VI der UN-Charta, also ein Einsatz mit begrenztem Risiko. Zweitens, es wäre ein Einsatz, der sich gegenüber unseren amerikanischen Verbündeten als Schritt zur Überwindung des beiderseitigen Golfkrieg-Traumas nutzen ließe. Gespräche mit Colin Powell bestätigten diese Einschätzung.

Das Angebot der Bundesregierung setzte ein sicheres Umfeld voraus und die Vereinten Nationen bestätigten dessen Existenz im Einsatzraum Belet Weyne, als sie das deutsche Angebot am 12. April 1993 annahm und Deutschland formell um die Entsendung eines verstärkten Nachschub- und Transportbataillons bat. Das Kabinett billigte die Entsendung am 21. April 1993. Der Bundestag stimmte am selben Tag zu. Noch am 21. April wurde die Weisung Nr. 1 zur Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II erlassen. Schon am 28.4. erfolgte die erste Verbindungsaufnahme und das Vorkommando verlegte am 12. Mai 1993. Im Juli 1993 erfolgte dann die Verlegung des rund 1700 Mann starken Kontingentes nach Zentralsomalia. Die Verlegung des Personals im Lufttransport zunächst nach Dschibuti und von da mit Transall nach Belet Weyne war weniger problematisch als der Seetransport der Unmengen von Material.

Dies zu lernen, die Zusammenarbeit mit den UN zu beherrschen, die Versorgung eines stattlichen Truppenkörpers von zuletzt 1400 Mann über eine

Entfernung von 6.000 km sieben Monate lang und schließlich die Rückverlegung im gemischten See-/Lufttransport in nationaler Regie das waren die Ebenen, in denen die Bundeswehr wertvolle Erfahrungen gewann.

Ein eigener Stil

Wichtiger aber noch waren zwei andere Faktoren: Zum einen begann die Bundeswehr in Somalia ihren Stil in der Durchführung von Friedensoperationen zu finden, eine gesunde Mischung zwischen der von unseren amerikanischen Verbündeten überbetonten 'Force Protection', dem Selbstschutz der Kontingente, und Hilfe für die Bevölkerung im Einsatzgebiet. Unsere Soldatinnen und Soldaten haben unter der sengenden Sonne am Horn von Afrika und im Sand von Belet Weyne unter Führung ihrer beiden ausgezeichneten Kommandeure Harff und Kammerhoff Vorzügliches geleistet. Sie haben ein Netz der Sympathie für Deutschland unter den Somalis geschaffen, mit denen nicht gerade einfach umzugehen ist, wie uns französische Offiziere mit reicher Afrikaerfahrung immer wieder sagten.

Die Trinkwasseraufbereitung am Shabele-Fluss, das Bohren von Brunnen, das Bauen eines Dammes und eines Flugplatzes, aber eben auch der Wiederaufbau von Schulen und Hilfe bei der ärztlichen Versorgung gehörten zu den Leistungen des deutschen Verbandes. Der Selbstschutz wurde dabei nie vernachlässigt, aber er war unauffällig. Die Bundeswehr begann in Somalia ihren Stil für Friedensoperationen zu finden.

Der zweite Faktor war der Beitrag, den dieser Einsatz zum Zusammengehörigkeitsgefühl der Truppe leistete. Bei meinen beiden Besuchen in Belet Weyne haben mir Soldaten aller Dienstgrade bestätigt, wie gut es für den Zusammenhalt war, dass alle ohne jeden Unterschied unter den gleichen Bedingungen im Lager lebten und wie sehr sie durch die Konfrontation mit dem Elend Somalias

verstanden, dass Deutschland etwas Richtiges und Gutes tat, an dem sie Anteil hatten.

Schattenseiten

Natürlich hatte Somalia Schattenseiten. Eine war hausgemacht, unsere Bedingung des sicheren Umfeldes. Sie führte zu der für unsere Soldaten nur schwer erträglichen Situation, dass sie sich bei Konvois von Italienern schützen lassen mussten. Eine Kröte, die wir schlucken mussten und in der Hoffnung 'Nie wieder' auch schluckten.

Angesichts des schwebenden Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht gab es allerdings auch keine Alternative. Die andere war, dass die eigentliche Mission, einen etwa 4.000 Mann starken UNOSOM II Verband im Raum Belet Weyne logistisch zu unterstützen nie abgerufen wurde. Aufgrund der Zuspitzung der Lage im Großraum Mogadischu wurden die Inder eben nicht im Westen, sondern im Süden Somalias eingesetzt. Mein Versuch, am 2. Oktober 1993 in Mogadischu in Gesprächen mit dem Beauftragten des Generalsekretärs der UN, dem Amerikaner Howe, und dem Force Commander, dem türkischen General Bir, Änderungen zu bewirken, blieb erfolglos.

Die USA waren sehr auf Mogadischu und auf den Clanführer Aidid fixiert, die durchaus bestehende Chance der Stabilisierung von Westen und Norden wollten sie nicht sehen. Als die USA nach dem Tod von achtzehn Soldaten in den Strassen von Mogadischu – und dem vielfach unerwähnten Tod einer weit größeren Zahl von Pakistani – den Abzug ihres Kontingentes beschlossen, blieb auch uns keine andere Wahl, als zu gehen.

Es wäre aber falsch zu sagen, wir hätten unseren Auftrag wegen der geänderten Pläne der UN nicht ausführen können. Ein Teil der Schuld lag sicher bei uns, bei dem Beharren auf dem sicheren Umfeld und damit auf Belet Weyne. Die Gründe dafür aber lagen auf der Hand: in anderen Regionen Somalias hätten wir ein Kapitel VII

Mandat gebraucht und das war eben zu diesem Zeitpunkt noch ein Schritt zu weit.

Somalia mag politisch zu den Fehlschlägen der UN gezählt werden, für die Bundeswehr war dieser Einsatz, militärisch gesehen, ein Erfolg. Wir haben gelernt, wie man solche Einsätze über große Entfernung führt und versorgt. Wir haben auch, wenngleich nur ganz langsam, gelernt, dass es bei solchen Einsätzen Vorfälle gibt, die die Medien früher wissen als das Ministerium, und wie man damit umgeht.

Wir erlebten, dass zum ersten Male in einem Einsatz ein Soldat einen tödlichen Schuss auf einen Bürger eines anderen Landes feuerte. Dieser Vorfall zeigte weiteren Anpassungsbedarf auf, denn im Gegensatz zu anderen NATO-Staaten hat die Bundeswehr im Frieden keine Militärgerichtsbarkeit.

Was wir damals alle nicht ahnten war, welche katastrophale Auswirkungen Somalia für die Tragödie haben sollte, die Afrika in den 90er Jahren noch heimsuchen sollte. Ich wage zu sagen, dass ohne Somalia der Welt sicherheitsrat nicht weggesehen hätte, als in Ruanda Hunderttausende regelrecht geschlachtet wurden.

Von Ruanda aber zieht sich eine Blutspur durch Afrika, die zu dem großen, sieben bis acht Nationen berührenden Krieg im Kongo führte. Der Krieg im Kongo mit seinen Millionen Toten wird in Europa kaum beachtet, ist aber von einer ungeheuren, Afrika destabilisierenden Dimension.

Die jugoslawische Tragödie: der Schritt zur Normalität

Den Schritt in die Normalität europäischer Staaten, Verantwortung für den Frieden in der Welt auch durch den Einsatz der Streitkräfte in bewaffneten Konflikten zu übernehmen, brachte 1995 der damals schon fünf Jahre andauernde Prozess des gewaltsamen Zerfalls Jugoslawiens.

Ich hatte vor Amtsantritt als Generalinspekteur, noch als Kommandieren-

der General des I. Korps, nicht unbedingt neue Freunde in den politischen Lagern Deutschlands gewonnen, als ich in einem Interview auf eine Frage nach Reaktionen auf das gewaltsame Vorgehen Belgrads gegen Slowenien und Kroatien mein Unverständnis für die fehlende Bereitschaft, Wehrlosen zur Hilfe zu kommen, zum Ausdruck brachte und das nach meiner Ansicht notwendige Vorgehen Europas gegen die barbarische Beschießung Dubrovniks anmahnte.

Rückblickend muss ich sagen, dass meine von Instinkt und Beurteilung der Lage geleitete Äußerung vor der Rückkehr nach Bonn richtiger war als die zurückhaltende Haltung, die ich dann, nicht zuletzt den Zwängen meines Amtes folgend, vertreten musste. Viele Beobachter der jugoslawischen Tragödie teilten die Ansicht, dass frühes, entschlossenes, notfalls bewaffnetes Eingreifen gegen den von Milosevic angestachelten Nationalismus der Serben möglicherweise das dann bis 1995 anhaltende und ab 1998 im Kosovo erneut beginnende Blutvergießen hätte verhindern können.

Persönlich mache ich mir heute Vorwürfe, zu lange der gängigen Auffassung das Wort geredet zu haben, Deutschland dürfe sich wegen seiner Mitschuld am Tod so vieler Serben im Zweiten Weltkrieg und wegen der in Jugoslawien begangenen Kriegsverbrechen nicht an Friedensoperationen auf dem Balkan beteiligen. Es gab viele gute Gründe für diese Haltung. Nahezu die gesamte Kriegsgeneration äußerte sich unisono in diesem Sinn. Außerdem war die Bundeswehr in ihrer inneren Einstellung noch nicht reif für einen solchen Einsatz.

Vor allem aber war da die nüchterne Einsicht in die gegebene politische Situation in Deutschland am Anfang der 90er Jahre. Es wäre ein blindes Anrennen gegen die Wand geworden, hätte man versucht, eine deutsche Beteiligung an militärischen Zwangsmassnahmen durchzusetzen. Es gab dafür keine Aussicht auf Erfolg. Den-

noch bleibt Unbehagen, das vollends entstand, als ich einen, vielleicht den für diese Tragödie Verantwortlichen, Slobodan Milosevic, kennen und einschätzen lernte. Er wusste genau, dass die Verwirklichung seiner großserbischen Träume nur mit Gewalt und nur gegen den Widerstand vieler in Europa durchzusetzen waren.

Was er dazu unter allen Umständen verhindern musste war, dass seine Gegner die Einmütigkeit entwickelten, aus der die Kraft zum Handeln entsteht. Stimmen wie die Deutschlands, so ehrbar die moralische Begründung war, trugen dazu bei, die Uneinigkeit Europas und den Handlungsspielraum für Milosevic zu erhalten. So lange Europa nicht mit einer Zunge sprach, war es unmöglich, die USA zum Handeln zu bewegen und Russland dazu zu bringen, seine schützende Hand über Milosevic zu entfernen.

Kroatien

Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass so mancher unserer Verbündeten Deutschland die Verantwortung zuschreibt, durch die von Deutschland forcierte Anerkennung Kroatiens die Lawine der Balkankriege ins Rollen gebracht zu haben. Ich teile diese Ansicht nicht, denn das mit brutaler Repression zusammengehaltene Kunstgebilde Jugoslawien war nicht zu erhalten. Alle wussten, das Jugoslawien nach Titos Tod zerbrechen würde. Wir waren Mitte der 70er Jahre im Verteidigungsministerium zu dieser Einschätzung gekommen. Die eigentliche Lehre aus dem Fall Kroatien ist, dass man nicht nur zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bereit sein muss, sondern auch zum Schutz wehrloser Staaten, die unter Berufung darauf entstanden und international anerkannt wurden.

Deutschland war im Fall Kroatien zu dieser Konsequenz nicht bereit. Europa nahm erst den Mund zu voll und blieb uneinig und in den USA glaubte der Außenminister Larry Eagleburger, ehemals Botschafter in Belgrad, noch

immer daran, dass Jugoslawien zu reparieren sei. Milosevic wusste damit, dass er Handlungsfreiheit hatte und das Hinnehmen der brutalen Zerstörung Vukovars durch die Weltöffentlichkeit lieferte ihm den letzten Beweis dafür.

Je mehr die Krise sich zuspitzte, desto drängender wurde aber auch die Frage nach deutscher militärischer Beteiligung.

Humanitäre Hilfe

Früh, schon 1992, beteiligte sich Deutschland an humanitärer Hilfe durch Gestellung von Transportfliegern für den Transport von Hilfsgütern nach Sarajewo. Der Einsatz begann am 4. Juli 1992 und dauerte bis zum 9. Januar 1996. Rund 1.400 mal flogen unsere Transall nach Sarajewo und brachten mehr als 10.000 Tonnen Material nach Sarajewo. So manches Mal wurden die, die Hilfe brachten, beschossen.

Einmal, im Februar 1993, wurde eine unserer Transall getroffen und der Lademeister schwer verwundet. Im März 1993 begann die Versorgung der Bevölkerung Bosniens im so genannten Air Drop. Mehr als 300 mal flogen amerikanische C-130 und deutsche und französische Transall von Frankfurt in den Luftraum über Bosnien-Herzegowina und warfen mehr als 2.000 Tonnen Lebensmittel und Hilfsgüter ab.

Immer wieder kamen unsere Flieger unter Beschuss, denn zum Abwurf mussten die Flugzeuge die sichere Reiseflughöhe verlassen. Über nichts habe ich mit Minister Rühe so oft gesprochen wie über die Frage, ob die Flüge eingestellt und erst nach entsprechenden Garantien wieder aufgenommen werden sollten.

Schnell erkannten wir auch, dass wir unsere Transall behelfsmäßig und rasch nachrüsten mussten: GPS-Empfänger, Radarwarnempfänger und CHAFF-Dispenser zum Ablenken von Flugkörpern waren als Sofortmassnahmen unumgänglich.

Ebenfalls seit Sommer 1992 beteiligte Deutschland sich an der Operation Sharp Guard, der von NATO und WEU gemeinsam durchgeführten Überwachung des Handels- und Waffenembargos in und über der Adria. Die Bundeswehr stellte ab Juli 1992 bis Sommer 1996 regelmäßig zwei Schiffe (Fregatten oder Zerstörer) und drei auf Sardinien stationierte Seefernaufklärungsflugzeuge Breguet Atlantique.

Hinzukam die logistische Unterstützung dieser Kräfte durch Tanker, die für NATO und WEU zur Verfügung gestellt wurden, und durch zahllose Versorgungsflüge.

Embargooperationen

Man wird über Embargooperationen ebenso streiten können wie über Sanktionen und deren Wirksamkeit. Die Tatsache aber, dass in den vier Jahren der Operation rund 75.000 Schiffe abgefragt, fast 6.000 kontrolliert, rund 1.400 umgeleitet und drei beschlagnahmt wurden, hatte zusammen mit den Sanktionen und der Überwachung der albanischen Häfen durch UN-Teams sicher Auswirkungen für Serbien und Montenegro.

Es waren rein wirtschaftliche Folgen und sicher auch das Bewusstsein in der Belgrader Führung, politisch isoliert zu sein. Interessant waren auch die Auswirkungen im Bündnis und WEU. Das Bündnis gewann wertvolle Erfahrungen in der politischen und militärischen Abstimmung und Kontrolle von Einsätzen unterhalb von Krieg, Erfahrungen, die später manches, was in Bosnien und Kosovo noch folgen sollte, einfacher machten. Als Beispiel nehme ich nur die Abstimmung und Autorisierung der Einsatzregeln (ROE). Das ist eine einfache Sache, wenn man bedenkt, dass es dabei immer gilt, den gemeinsamen Nenner aus sechzehn, heute sechsundzwanzig, unterschiedlichen Rechtswirklichkeiten der Bündnisstaaten herauszufinden. Das Bündnis lernte aber auch, wie unverzichtbar gerade Seestreitkräfte im Krisenmanagement sind. Die Seestreitkräfte wiederum lernten, dass selbst solche Operatio-

nen, die vom Risiko her eher am unteren Ende des Spektrums angesiedelt sind, der Unterstützung durch Luft- und Landstreitkräfte bedürfen, also 'joint operations', teilstreitkraftübergreifende Operationen sind.

Die deutsche Marine hat diese Rolle schnell angenommen und rasch gelernt, ein vollwertiger Partner zu sein. Anfänglich gab es Probleme, weil Deutschland wegen des schwelenden Streits vor dem Verfassungsgericht keine Einsatzregeln freigeben konnte, die Zwangsanwendung vorsahen.

Politiker wie Militärs in Deutschland lernten aus den Erfahrungen in der Adria und erkannten, dass Einsätze nur beginnen können, wenn die Einsatzregeln dem Auftrag entsprechend klar festgelegt sind. Wir begriffen auch, dass man an solchen Einsätzen nur dann teilnehmen sollte, wenn man als Nation alle Einsatzregeln auch für die beteiligten eigenen Kräfte freigeben kann.

Unserer Marine muss ich bescheinigen, dass sie sich mit großem Elan in die neue Aufgabe stürzte, rasch hohe Professionalität im Borden von Schiffen erwarb und durch Eingliederung von Reserveoffizieren mit Handelsschifferfahrung in die Boarding Teams schnell ein besonders wirksamer Kontrolleur wurde.

Embargoüberwachung

Die deutsche Teilnahme an der Embargoüberwachung war bündnispolitisch weit wichtiger als dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Sie zeigte den Partnern, dass Deutschland auch in der Jugoslawienkrise bereit war, Verantwortung zu übernehmen und dass die Bundesregierung Schritt für Schritt Wege suchte, den Konsens über die Teilnahme der Bundeswehr an Friedensoperationen zu erweitern und zu vertiefen.

Für die Soldaten der Bundeswehr war es ein weiterer, wenn auch kleiner Schritt hin zur Einsatzarmee. Das Erleben des Einsatzes gemeinsam mit den Kameraden aus den anderen

NATO-Ländern mag vielen noch einmal vor Augen geführt haben, dass Soldat zu sein heißt, im Frieden jederzeit bereit zu sein, auch fern der Heimat eingesetzt zu werden.

Der seefahrende Teil unserer Marine hatte dies seit Jahrzehnten so erlebt, insofern war dies nichts Neues. Neu war die Zielsetzung, Militär und damit potentiell Gewalt einzusetzen, um Frieden zu erzwingen oder zu erhalten.

Der eigentliche Schritt aber, der Schritt auf den Boden Jugoslawiens, der war damit noch nicht getan. Er erfolgte nach der dramatischen Wende, welche die Situation in Bosnien durch den Fall der bosnischen Enklaven im überwiegend serbischen Osten Bosniens, allen voran Srebrenica, erfahren hatte. Die Geduld der westlichen Welt ging zu Ende.

Für Deutschland war es inzwischen auch leichter geworden über seine Rolle und Mitwirkung politisch zu entscheiden, denn das Bundesverfassungsgericht hatte mit seinem Urteil im Jahre 1994 Klarheit geschaffen und entschieden, dass die Bundesrepublik sich an Einsätzen der Vereinten Nationen und der NATO beteiligen kann. Dies gilt natürlich auch für die EU, die damals allerdings nicht über entsprechende Fähigkeiten verfügte.

Schnelle Eingreiftruppe

Pfingsten 1995 ergriff Frankreich die Initiative und berief eine Konferenz in Paris ein, die zunächst noch vage, aber erkennbar, eine schnelle europäische Eingreiftruppe für Bosnien schaffen wollte. Frankreich brachte damit einen Stein ins Rollen, der wenige Wochen später bei einer weiteren Konferenz im Lancaster House in London zu dem Ergebnis führte, dass ein schneller Eingreifverband aufgestellt und sein Zusammenwirken mit NATO und UN geregelt wurde.

Deutschland beteiligte sich daran durch Entsendung eines Feldlazarettes und mit Luftaufklärung. Ende Juni 1995 beschloss der deutsche Bundestag die Entsendung unserer Sanitäter

nach Trogir in Kroatien und die Beteiligung der Luftwaffe. Die Auflage war, dass deutsche Soldaten nicht auf dem Boden in Bosnien-Herzegowina, in der Box, wie das im Jargon heißt, eingesetzt werden.

Doch schon die Entwicklung der Lage im Sommer und Herbst 1995 machte diese Auflage zunehmend fragwürdig. Im Spätsommer 1995 erfolgten nach dem Massaker von Sarajewo die Luftschläge der NATO, nachdem Bosnier und Kroaten den Serben in Bosnien die Initiative auf dem Boden entrissen und sie in Kroatien überraschend schnell besiegt hatten. Deutsche ECR- und RECCE Tornado, die seit Juli in Piacenza stationiert sind, wurden Ende Juli 1995 der NATO für den Einsatz unterstellt. Ab Ende August nahmen sie an den NATO Luftoperationen über Bosnien-Herzegowina teil. Damit befanden sich ab Ende August 1995 Soldaten der Bundeswehr zum ersten Male in einem bewaffneten Konflikt.

Die NATO-Operation 'Deliberate Force' endete am 14. September 1995. Die Verhandlungen über eine friedliche Lösung für Bosnien begannen. Die Konferenz von Dayton beschloss eine NATO-geführte Implementierungstruppe, IFOR.

Niemand in der Bundesregierung zweifelte, dass Deutschland sich beteiligen muss, aber innenpolitisch wirkten noch die seit 1992 aufgebauten Hemmschwellen gegenüber einem Einsatz in Bosnien selbst. Am 6. Dezember 1995 beschloss der deutsche Bundestag die Entsendung eines rund 2.500 Mann starken Unterstützungsverbandes, der aus seinem Einsatzraum in Kroatien heraus die NATO-Implementierungstruppe logistisch unterstützen soll.

Dies war zwar immer noch ein Einsatz mit Einschränkungen, doch die entscheidende Hürde war überquert: Deutschland beteiligt sich mit Bodentruppen an dem NATO-Einsatz in Jugoslawien. Die Bundeswehr war damit zurückgekehrt in die Normalität unserer Verbündeten.

Ein neuer Auftrag

Jedermann wusste, dass die noch fehlenden Schritte zur vollen Normalität nur noch eine Frage der Zeit sind. Sie wurden in den Jahren bis 1999 auch relativ rasch getan und sie konnten auch relativ rasch getan werden, weil eine Voraussetzung geschaffen war, als ich mein Amt als Generalinspekteur im Februar 1996 abgab: die Angehörigen der Bundeswehr hatten Einsatz als Friedensaufgabe angenommen, die innere Umstellung auf die Einsatzarmee war vollzogen.

Organisatorisch war das eingeleitet, was Mitte der 90er Jahre politisch durchsetzbar war. Ein Kontingent von rund 50.000 Mann Krisenreaktionskräfte sollte bis zum Jahr 2000 aufgestellt werden. In diesen Verbänden sollten nur Zeit- und Berufssoldaten sowie freiwillig länger als zehn Monate dienende Wehrpflichtige dienen. Das Ziel war, geschlossene Verbände der Bundeswehr für den Einsatz verfügbar zu haben. Die Bundesregierung und der Bundestag hatten diese Planung zur Kenntnis genommen und die Bundesregierung hatte eine Anhebung des Not leidenden Verteidigungshaushaltes beschlossen. Diese Pläne einschließlich der Aufstellung des Kommandos Spezialkräfte lösten nicht gerade Begeisterung bei der damaligen Opposition aus.

Grundkonsens

Mehr war deshalb nicht zu machen, denn das politische Ziel Minister Rühes war, mit der Opposition einen Grundkonsens in den Schlüsselfragen der Verteidigungspolitik wiederherzustellen. Diese Befindlichkeit der Jahreswende 1995/96 darf nicht vergessen werden, wenn heute Geschichte klitternd beklagt wird, die überfälligen Reformen in der Bundeswehr seien bis zum Regierungswechsel 1998 versäumt worden.

Es ist sicher nicht genügend getan worden, vor allem wurde versäumt umzusteuern, als sich die finanziellen Zusicherungen, die Grundlage der Planungen des Jahres 1995 gewesen waren, schon im Sommer 1996 in

Luft auflösten. Dennoch war eine Grundlage geschaffen worden. Ohne sie hätte die Bundesregierung 1999 im Kosovo-Konflikt nicht so entschlossen handeln können wie sie es dankenswerterweise getan hat.

Die innere Umstellung der Bundeswehr war erreicht als ich mein Amt als Generalinspekteur im Februar 1996 abgab, organisatorische Anfänge zur Umstellung waren eingeleitet und die Meinung der Öffentlichkeit zu bewaffneten Einsätzen außerhalb Deutschlands begann sich zu wandeln.

Rückkehr der Bundeswehr

Der Einsatz der Bundeswehr im Kosovo 1999 stellte dann die volle Rückkehr Deutschlands und seiner Bundeswehr in die Gemeinschaft der NATO-Staaten dar. Deutschland zeigte, dass es bereit ist, solidarisch mit seinen Partnern zu handeln, wenn es darum geht, bedrohtes Leben zu schützen und den Frieden in Europa wiederherzustellen, und dazu notfalls auch Waffen einzusetzen.

Der Nutznießer der erwiesenen Solidarität der Verbündeten in der Zeit des Kalten Krieges hatte in unglaublich kurzer Zeit den großen Schritt getan, anderen solidarisch beizustehen.

Auch die ersten Schritte zu einem neuen Verständnis des Soldaten waren getan. Es bestand kein Grund, bewährte Grundlagen wie die Innere Führung zu ändern, aber es begann ein neues Bild des Soldaten zu entstehen.

Wir hatten gelernt, dass es eine gefechtsbereite Truppe zu sein hat, die unter UN-Mandat in ein fremdes Land einrückt, fähig und entschlossen, Widerstand zu brechen. Doch wir merkten schnell, dass es nicht darum ging zu kämpfen, sondern zu helfen, dass die Menschen kriegsmüde waren, dass sie nichts als Ruhe und ein bisschen Normalität in einem sinnlos verwundeten Land ohne staatliche Autorität und Ordnung suchten. Die Rolle des Soldaten als Helfer, Retter und Schützer trat vor die allerdinges notwendig bleibende des Kämpfers.

Zum Schluss

Die Soldaten haben in der Zeit nach dem Kalten Krieg vielfältige und unterschiedliche Aufgaben mit großem Erfolg übernommen haben. Es sind Aufgaben, die zusammen mit gezieltem Rüstungsexport, Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe in Großbritannien unter dem Stichwort 'defence diplomacy' zum Bestandteil der nationalen Verteidigungspolitik gemacht wurden.

In der NATO sind sie unter dem weiten Begriff von Kooperation und Partnerschaft Teil der Strategie, weil sie helfen, die Zone der Stabilität ständig wachsen zu lassen.

Ich habe erste Folgerungen bei der Kommandeur-Tagung der Bundeswehr 1995 in München in meinem Schlusswort vorgetragen.

Kämpfer...

Ich habe dabei herausgestellt, dass die Bundeswehr unverändert auszubilden hat, um auf das Unerwartete vorbereitet zu sein und das heißt eben: der Soldat muss auf Kampf vorbereitet werden. Ideen, wie die Soldaten ausschließlich auf so genannte Blauhelm-Einsätze vorzubereiten sind unbegründet und den Soldaten gegenüber verantwortungslos.

Die solide Ausbildung zum Kämpfer gibt dem Soldaten die Sicherheit, die er braucht, um in Situationen voller Ungewissheit Mittler zwischen den Konfliktparteien sein zu können. Gut ausgebildet als Kämpfer weiß er sich zu schützen und er verfügt über Eskalationsinstrumente, mit denen er ein Einlenken notfalls auch erzwingen kann.

Schützer...

Der Soldat bleibt also Kämpfer, aber nicht mehr, um vorrangig das eigene Land zu verteidigen zu wollen, sondern auch zur Verteidigung des eigenen Landes weit außerhalb des eigenen Staatsgebietes. Der Kämpfer moderner Prägung ist somit ein Soldat, für den der Einsatz außerhalb des eigenen Landes eher der Regelfall, denn die Ausnahme wird.

...und Helfer

Im Gegensatz zu der Zeit des Kalten Krieges genügte es aber auch nicht mehr, den Soldaten nur als Kämpfer auszubilden. Zum einen zeichneten sich Einsätze ab, die unterhalb der Schwelle zum Kampf zu bewältigen waren, zum anderen trat die Rolle des Soldaten als Helfer in den Einsatzgebieten deutlich hervor, in denen man zivile Helfer wegen der dort vorherr-

schenden Unsicherheit nicht einsetzen konnte.

Schließlich galt es die möglichen Einsätze von Soldaten zu erfassen, die beispielsweise im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden als Ausbilder und Helfer eingesetzt waren.

Der moderne Soldat ist ein Helfer, Retter und Schützer und ein Kämpfer,

dieses Bild des Soldaten war das Ergebnis der ersten Schritte der Bundeswehr in die Wirklichkeit der Einsätze ab 1992, ein Bild, das die Soldaten der Bundeswehr Ende 1995 für sich angenommen hatten.

Die Bundeswehr des Kalten Krieges hatte damit den ersten Schritt in die Wirklichkeit einer Einsatzarmee getan.